



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

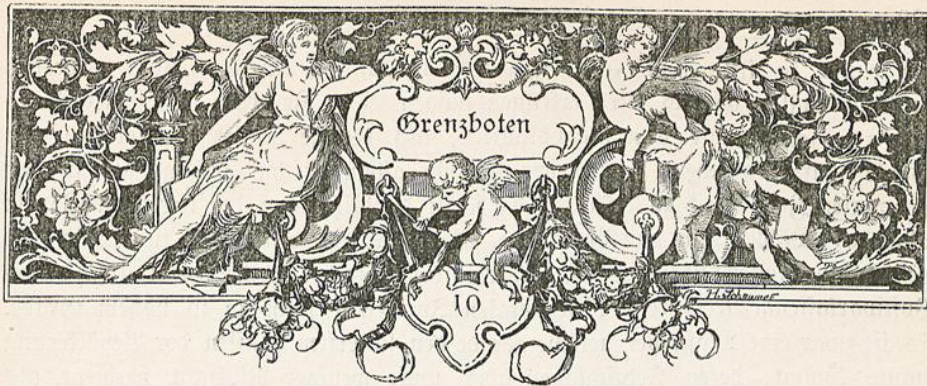
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Postsparkassen im Reichstage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Postsparkassen im Reichstage.



Der Entwurf eines Postsparkassengesetzes hatte bereits bei der Beratung im Plenum des Reichstages von so verschiedenen Seiten Widerspruch erfahren, daß nur sehr sanguinische und optimistische Anhänger des Gesetzes aus der Kommissionsberatung eine Wandlung erwarten konnten. In der That ist auch diese Hoffnung zu schanden geworden, und man kann für diese Sitzung den Entwurf für begraben betrachten. Es kann nur noch fraglich erscheinen, ob ihm die Ehre eines anständigen Begräbnisses in einer zweiten Lesung zuteil wird, oder ob er dem Schicksal des betlehemitischen Kindesmordes anheimfällt und am Schlusse der Session mit andern rückständigen Vorlagen unerledigt in den Urkus sinkt.

Die Feinde des Entwurfs setzen sich im großen und ganzen aus den Elementen zusammen, welche entweder offene Gegner des Reiches sind oder doch im Geheimen alle Maßregeln zu hintertreiben suchen, die auf eine Kräftigung des Reichsgedankens abzielen. Zu den ersteren gehört das Zentrum mit seiner anti-deutschen Dependenz, zu den letztern gehören jene außerpreussischen Partikularisten, welche der Reichsregierung nur mit halbem Herzen folgen und, seit der Liberalismus in seinen fortgeschrittenen Partien sich lediglich von seiner Abneigung gegen den Reichskanzler leiten läßt, immer mehr ihren partikularistischen Neigungen Geltung zu verschaffen wissen. Eine dritte Gruppe von Gegnern ist endlich dem Entwurfe in jenen altpreussischen Konservativen entstanden, die sich immer noch von einer Politik auf eigne Faust nicht lossagen können und der unbegreiflichen Meinung sind, daß die preussische konservative Partei sich auch einmal den Luxus einer Opposition gegen Sr. Majestät Regierung gönnen dürfe.

Die Beweggründe dieser Gruppen sind natürlich verschiedene; die der ersten beiden liegen außerhalb der Sache, die der letzten sind zwar sachlich, aber stehen

auf einem so kleinen und engherzigen Standpunkte, daß das Volk schwerlich ein Wohlwollen daraus wird erkennen mögen. Das Zentrum und sein Anhang geht nur soweit mit dem Reichskanzler, als es die vitalsten Interessen der Wählerschaft erheischen; aus diesem Grunde allein ist die Gefolgschaft in der nationalen Zollpolitik zu erklären, da selbst die blindlings der klerikalen Parole folgenden Wähler für die Brot- und Magenfrage zugänglicher sind, als für die Deklamationen über die sogenannte diocletianische Kirchenverfolgung. Das Postsparkassengesetz ergreift diese vitalen Interessen nicht in so hohem Grade. Es ist zwar eine Maßregel, welche gerade den untersten Klassen der Bevölkerung zugute kommt, deren Fehlschlagen aber umso weniger Rücksicht verdient, als sich der Entwurf an die bessern Seiten des Menschen, an seinen Spartrieb wendet. Der Entwurf zielt darauf ab, dem Einzelnen das Sparen zu erleichtern, ihm durch den Besitz eines Sparpfennigs eine größere Behaglichkeit zu schaffen und dadurch Zufriedenheit im Lande zu verbreiten. Ein solches Ergebnis muß natürlich von den Gegnern des jetzigen Regiments beseitigt werden, da sich dieselben nur von Unfrieden und Mißstimmung zu erhalten vermögen. Auch die Partikularisten finden die Vorlage nicht dringlich genug, um dem Reichsgedanken ein Opfer zu bringen. Denn in der That, wenn der Entwurf zum Gesetz erhoben würde, würde jener Gedanke in die fernste Gegend, in Haus und Hütte getragen. Abgesehen von Baiern und Württemberg würden die für die Spareinlagen bestimmten etwa 11000 Poststellen in mehr als 10400 Orten auch dem kleinen, nicht an dem Postverkehr beteiligten Manne zeigen, daß das Reich ein warmes Herz für seine Bedürfnisse hat, und ihm täglich dieses Mahnzeichen sichtbar vor die Augen führen. Zwar ist mit dieser Stärkung des Reichspatriotismus durchaus keine Schwächung des föderativen Charakters unsers Reiches verbunden, aber innerhalb ihrer engeren Pfähle fühlen sich jene Herren durch jede Äußerung der Reichsmacht beklommen, und sie zögern nicht, soweit sie es mit der Rücksicht auf ihre Wahlsitze vereinigen können, das materielle Volkswohl ihrem engen Territorialpatriotismus hintanzusetzen. Die preußischen Konservativen endlich leitet die Rücksicht auf ihre kommunalen Sparkassen, bei denen sie selbst Verwaltung und Aufsicht haben und dadurch bei dem Ausleihen der Gelder einen gewissen Einfluß besitzen. Ihr Widerspruch ist sachlich, aber engherzig und in beschränktem Gesichtskreis entstanden.

Der sozialpolitische Charakter, welchen das hohenzollernsche Königtum von jeher auf seine Fahne geschrieben hat, hat auch dem heute so entwickelten kommunalen Sparkassenwesen seinen Ursprung gegeben. Das Reglement vom 12. Dezember 1838 hebt ausdrücklich hervor, daß die Einrichtung hauptsächlich auf das Bedürfnis der ärmeren Klasse berechnet sei, welcher Gelegenheit zur Anlegung kleiner Ersparnisse gegeben werden solle. Schon im Jahre 1870 betrug die Summe der gesamten Spareinlagen in Preußen nahezu fünfhundert Millionen Mark, und das hier gegebene Beispiel fand namentlich seit der Einigung Deutsch-

lands mit vielen andern preußischen Vorbildern auch in den andern deutschen Staaten Nachahmung. Man kann annehmen, daß sich für das ganze Gebiet des Reiches die Summe der Spareinlagen z. B. auf mehr als drei Milliarden mit etwa sechs Millionen Sparkassenbüchern beläuft.

Der Zweck, den das preußische Reglement verfolgte, wurde mit Rücksicht auf die damaligen sozialen Verhältnisse auch erreicht. Der kleine Bürger- und Bauernstand, sowie die Dienstboten, welchen die Sorge um die unmittelbare Notdurft des Lebens genommen ist, machten von den Sparkassen reichlichen Gebrauch. Besonders in den wohlhabenderen Gegenden kamen die Kassen bald in Aufschwung und Blüte. In Preußen waren im Jahre 1881 etwa 2050 Sparkassen an nahezu 1700 Orten. Mit dem Gedeihen der Kassen entfernten sie sich freilich auch immer mehr von ihrem ursprünglichen Zweck. Die aufgesammelten Summen wurden nutzbar angelegt und konnten, da sie sich in der sehr guten Verwaltung der angesehensten Bürger und Kreiseingesessenen befanden, ihre Depositen aber nur gering zu verzinsen hatten, einen reichlichen Gewinn abwerfen. Die Kommunalsparkasse ist heute der Stolz eines jeden Landrats im Kreise, und wo eine solche noch nicht besteht, da verdient sich nicht selten der junge Landrat seine Verwaltungsproben in der Errichtung einer derartigen Kasse. Sieht man sich aber die Guthaben näher an, so wird man finden, daß von Sparpfennigen des kleinen Mannes nur wenig mehr die Rede sein kann. Denn durchschnittlich beträgt die Einlage auf ein Sparkassenbuch bei den städtischen Kassen mehr als 400 Mark, bei den ländlichen nahebei 650 Mark. Die Zahl der Sparkassenbücher über 600 Mark ist in fortwährendem Wachsen begriffen, und so erscheint es denn zweifellos, daß der größere Bestandteil der Baareinlagen aus Depositen größerer Kapitalisten, Gesellschaften und Behörden besteht.

Daß trotz dieser Entfremdung von ihrem ursprünglichen Ziele die Kommunalsparkassen ein höchst segensreiches Institut sind, das nicht bloß erhalten und gepflegt werden soll, sondern des höchsten Wohlwollens der Gesetzgebung würdig ist, bedarf kaum einer Erörterung. Bei dem fortwährenden Niedergange der Landwirtschaft haben jene Kassen in Zeiten von Krisen und Not die kleinen Gutsbesitzer über Wasser gehalten; sie haben fast überall den gesunden Kredit gefördert und moderierend auf den Zinsfuß gewirkt. Nicht selten hat die von den Kommunalsparkassen geführte Verwaltung dem unsaubern und blutgierigen Handwerk der Bucherer eine Grenze gesetzt und auch die bessern Kreditinstitute, wie die Genossenschaftsbanken, durch ihre heilsame Konkurrenz in Schranken zu halten verstanden. Auf der andern Seite ist der von den Kassen gezogene Gewinn, der sich erheblich über die den Sparern zu gewährenden Zinsen erstreckte, den Kommunen selbst zugute gekommen. Eine Reihe bewährter Kommunal-Einrichtungen, wie Kranken- und Schulhäuser, Chaussees, hätten ohne den durch die Kreissparkasse gewährten Zuschuß garnicht geschaffen werden können, und so brachte das, was den einzelnen Sparern entzogen wurde, der ganzen Be-

völkerung Nutzen und Vorteil. Es sollten hier nur die in die Augen springenden Punkte erwähnt werden; sie werden genügen, um jeden Zweifel darüber zu beseitigen, daß der deutsche Gesetzgeber so sinnlos sein könnte, diese Institute schädigen zu wollen. Wohl aber mußte derselbe sich die Frage vorlegen, ob nicht ein Mittel gefunden werden könne, welches, wie im Jahre 1838, gerade für das Bedürfnis der ärmeren Klasse berechnet sei. Denn seit dieser Zeit haben sich die sozialen Verhältnisse erheblich verschoben; neben dem kleinen Bürger- und Bauernstande ist in der Arbeiterbevölkerung in den Städten und auf dem Lande ein Proletariat aufgewachsen, dessen Besserung und Hebung in materieller und moralischer Beziehung eine der vornehmsten Sorgen unsers greisen Heldenkaisers und seines großen Kanzlers bilden. Prüft man die bestehenden Sparkassen auf ihre innere Einrichtung, so sind es sehr bemerkenswerte Hindernisse, welche dem Sparen des kleinen Mannes entgegentreten. Einmal sind die Sparstellen im Verhältnis zu der Bevölkerung doch nur sehr gering. Mehr als ein Drittel der Orte über 2000 Einwohner, selbst ein Teil derjenigen über 5000 Einwohner, war in Preußen ohne jegliche Spargelegenheit. Überdies waren in den einzelnen Provinzen je nach deren Wohlhabenheit die Sparkassen sehr ungleich verteilt; es schwankt die Sparstelle zwischen 14000 und 60000 Einwohnern; ja in dem treuen, aber oft genug nur allzu stiefmütterlich bedachten Ostpreußen bedürfen die Sparer oft an zwei Meilen, um ihren Sparpfennig zur Aufbewahrung abliefern zu können. Soll aber der Arbeiter und kleine Mann zum Sparen gereizt werden, so muß ihm die Gelegenheit zum Sparen fast in jedem Orte und in jedem Viertel geboten werden. Der zweite Hinderungsgrund liegt in der Festsetzung eines Minimums für die Einlagen; diese Anordnung empfiehlt sich für die Kommunalsparkassen mit Rücksicht auf die Bequemlichkeit und die Kosten der Verwaltung. Dem kleinen Manne wird aber dadurch die Möglichkeit zum Sparen vielfach entzogen; er besitzt keinen eisernen Geldschrank, in welchem er das Geld solange aufsparen kann, bis die Minimalsumme erreicht ist, welche die Kasse annimmt. Sein Aufbewahrungsort bietet in den wenigsten Fällen genügende Sicherheit gegen Diebstahl; trägt er das Geld aber mit sich herum, so steht er unter dem Druck und der Lockung einer beständigen Versuchung, welcher er nicht selten auch unterliegt. Endlich sind die bestehenden Kommunkassen ausschließlich auf eine sesshafte Bevölkerung berechnet; wer bei ihnen Geld einlegen oder abholen will, muß in ihren Büreaus erscheinen. Der fluktuirenden Arbeiterbevölkerung, die heute hier und morgen dort arbeitet, ist daher die Benutzung dieser Kassen geradezu unmöglich gemacht. Wie viele Tausende von Arbeitern finden im Sommer Arbeit in Gegenden, welche von ihrer eigentlichen Heimat und ihrem Wohnsitze weit entfernt sind; wer ist nicht ost- und westpreussischen Erdarbeitern bei den Eisenbahnbauten am Rhein, bei den Befestigungswerken um Straßburg und Metz begegnet? Diese Leute verdienen in den Sommermonaten ihren Unterhalt für den Winter. Wie sollen sie nun

ihren Verdienst anlegen? Bringen sie denselben in die Sparkasse ihres zeitweiligen Arbeitsortes, so können sie ihn nicht etwa bei ihrer Rückkehr in die Heimat von der dortigen Sparkasse erheben, vielmehr bedarf es dann einer Reihe von Transaktionen, die vielleicht nur für einen geübten Geschäftsmann ohne Schwierigkeiten sind.

Wie die Lichtseiten der Kommunalsparkassen, so sind auch ihre Schattenseiten — soweit sie die kleinen Leute betreffen — hier nur mit grellen Strichen gezeichnet worden. Nach beiden Richtungen könnte das Bild in seinen Details noch näher ausgeführt werden. Hervorhebung verdient vielleicht noch eine sozialpolitische Seite. Wie kommt der Arbeiter dazu, daß aus dem Gewinn seiner Spareinlage irgendeine kommunale Einrichtung geschaffen wird? Er, der vielleicht nur vorübergehend in dieser Kommune sich aufhält und an deren Verwaltung gar keinen Teil hat. Es ist dies gleichsam eine Steuer, welche auf das Sparen gelegt wird, also den geringern Konsumenten am härtesten trifft. Auch noch eine andre Scheu hält namentlich in den kleinen Städten den weniger Bemittelten ab, sein Geld in die Sparkasse zu tragen. Wenn er dies thut, handelt er offen vor aller Augen; ihn sieht vielleicht der Herr Landrat oder der Steuereinnnehmer, und dann tritt, wie er fürchtet, gewiß eine Steuererhöhung für das nächste Jahr ein; man sieht ja, daß er noch Geld hat, um es auf die Sparkasse zu thun.

An Versuchen zur Abhilfe dieser Übelstände hat es nicht gefehlt; sie scheiterten an dem Widerstande der bestehenden Sparkassen, die bei ihrer Prosperität in der That keinen Anlaß hatten, sich größere Mühe und größere Kosten aufzuerlegen. Die Indolenz der besitzenden Klassen gegen das Anwachsen der sozialen Mißstände erstreckt sich auch auf diese Institute. Schon im Jahre 1873 erbot sich die rührige und für die Verkehrsbedürfnisse so erfindungsreiche Reichspostverwaltung, den Kommunalsparkassen in den Postanstalten Ein- und Auszahlstellen für die Sparer zu schaffen. Nachdem im Rheinlande und in Westfalen, sowie im Jahre 1876 von dem Berliner Magistrate diese Beihilfe abgelehnt worden war, gab die Reichspost ihre Versuche auf. Es machte sich ferner unter den Sparkassen selbst eine Bewegung geltend, um durch einen engeren Verband untereinander eine leichtere Übertragbarkeit der Spareinlagen von einer Kasse an die andre im Interesse der fluktuirenden Bevölkerung zu ermöglichen. Allein die überwiegende Mehrheit der Sparkassen nahm eine ablehnende Haltung ein, und nur in einem sehr geringen Teile Deutschlands haben etwa 230 Kassen den Übertragungsverkehr unter sich eingeführt.

Indessen zeigte die Sparbewegung im Volke, wie sehr ein Bedürfnis auf Vermehrung der Spargelegenheiten vorhanden war. Fabrik-, Schulsparkassen, Sammlung von Sparmarken und ähnliche Einrichtungen beweisen, wie sehr von allen Seiten der Wunsch auf Befriedigung dieses Bedürfnisses genährt wurde. Endlich machten die Vorgänge im Auslande klar, welche segensreichen

Wirkungen von den Postsparkassen zu hoffen waren. Wenn auch in Anschlag zu bringen ist, daß in den fremden Ländern im allgemeinen ein Kommunalsparkassenverkehr fehlte, so ist doch durch diese Vorbilder klar erwiesen, daß eine Vermehrung der Sparstellen und eine Herabsetzung des Minimums der Spareinlagen den Sparbetrieb mächtig fördert. Die Begründung zu dem Entwurf enthielt ein reiches statistisches Material, das deutlicher als alle Gründe spricht. In Holland lagen 36,4 Prozent aller Einlagen während des Jahres 1882 innerhalb der Grenze bis einschließlich 1 Gulden, weitere 46,2 Prozent zwischen 1 und 10 Gulden. In Oesterreich kam von den während der ersten neun Monate des Jahres 1883 geschehenen Einzahlungen von 1.125.800 Gulden der überwiegende Teil, nämlich 1.027.500, auf Beträge von 1 bis 5 Gulden. In Belgien lagen 81,9 Prozent aller im Jahre 1882 geleisteten Einzahlungen zwischen 1 und 20 Franks, von den Sparkassenbüchern lauteten 51,6 Prozent über Guthaben von nicht mehr als 20 Franks. In allen diesen Ländern und in noch andern tritt aber auch mit Einführung der Postsparkassen eine erhebliche Vermehrung der Spareinlagen ein. In Italien, welches sehr gute Kommunalsparkassen besitzt — man weiß, daß der schönste Palast in jeder Kommune der Sparkasse zum Obdach dient —, haben sich die Einlagen seit dieser Einführung fast verdoppelt; sie betragen im Jahre 1883 mehr als 786 Millionen Lire, von denen $\frac{1}{7}$ auf die Postsparkassen entfällt. In England, wo man charakteristisch diese Sparkassen als *peoples purse* bezeichnet, waren die Einlagen bis zum Jahre 1880 auf mehr als 33 Millionen Pfund Sterling gestiegen.

Gegenüber diesem Rüstzeug, mit welchem der Regierungsentwurf ausgestattet ist, erweisen sich die Argumente der Gegner als kleinliche Notbehelfe egoistischer oder kurzsichtiger Parteitaktik. Der erste Einwand bezog sich auf die mangelnde Kompetenz des Reiches; eine Rolle spielten hierbei die Postreservatrechte von Baiern und Württemberg, denen übrigens schon im Bundesrate mit der Konnivenz Rechnung getragen war, welche die Haltung des Reichskanzlers in seiner außerordentlich bundesfreundlichen Gesinnung gegen die verbündeten Fürsten des Königs von Preußen kennzeichnet. Wir wollen zwar die Frage nicht eingehend erörtern; sie erscheint uns gegenüber dem vorliegenden wirtschaftlichen Bedürfnis von so untergeordneter Bedeutung, daß man die Zuständigkeit des Reichs schaffen müßte, wenn sie nicht schon vorhanden wäre. Solche Einwände gehören in die Kategorie juristischer Spitzfindigkeiten, mit denen man alles und nichts beweisen kann — das Volk verlangt Brot, und die Opposition reicht ihm Steine, unter denen sich der der Weisen gewiß nicht befindet. Die Postsparkassen gehören zum Bankwesen, dessen Regelung verfassungsmäßig dem Reiche obliegt; daß zu derselben die Postanstalten herangezogen werden, berührt die staatsrechtliche Frage nicht, sondern bezieht sich lediglich auf die Billigkeit und Bequemlichkeit der Verwaltung.

Der zweite Einwand bezog sich auf das Aufammeln großer Fonds in der Reichshauptstadt. Man fürchtete, der Reichsregierung mit diesen Geldern ein neues Machtmittel in die Hand zu geben, man scheute Störungen des Kredits, wenn neben der Reichsbank noch ein zweites gleich geldmächtiges Institut bestünde. Man hielt endlich das Geld nicht für sicher genug in dem großen Centrum aufbewahrt und wies besonders auf die Zeit von Krieg und ähnlichen Krisen hin. Der Entwurf will aber garnicht, daß das Geld lediglich der Reichsverwaltung zur Verfügung stehe; ein großer und entsprechender Teil desselben sollte vom Reiche den Einzelstaaten behufs Ausleihung wieder zugeführt werden. An eine Störung des Kredits war aber umso weniger zu denken, als der Reichskanzler sowohl Chef der Reichsbank ist, als auch Chef der Reichspostsparkassenverwaltung werden sollte. Die für den Kredit so wichtigen Verwaltungsgrundsätze fanden in dem einheitlichen Chef eine durchaus genügende Garantie. Auch für Zeiten der Krisis war Vorsorge getroffen, die eine Gefährdung der Spareinlagen ausschließt. Der Vorwurf mangelnder Sicherheit der Gelder in Berlin bedarf wohl keiner ernstlichen Widerlegung. Wenn der Kaiser mit seiner Familie sich in seiner Hauptstadt sicher fühlen darf, dann kann man wohl das Gleiche von den Spargeldern annehmen.

Der dritte Einwand endlich entstammt der Befürchtung, daß die Kommunalsparkassen durch das neue Institut gefährdet werden könnten. Wir haben schon mehrfach diesen Einwand als einen kurzfristigen bezeichnet. Denn wie die Erfahrung im Auslande lehrt, wenden sich die Postsparkassen an ein ganz andres Publikum als die kommunalen Sparkassen. Beide können und werden ohne Konkurrenz sehr gut nebeneinander bestehen. Die letztern genügen — wie gezeigt worden ist — nicht mehr dem Bedürfnis des kleinen Mannes und insbesondere des Arbeiterstandes; dieses Bedürfnis sollen die ersteren befriedigen. Es ist deshalb auch nicht zu befürchten, daß die Summen, welche den Postsparkassen zufließen, den Kommunalsparkassen werden entzogen werden, vielmehr sind dies Summen, welche überhaupt nicht gespart werden, wenn sie nicht in die Postsparkassen getragen werden. In übertriebener Angstlichkeit und um diesem Vorwurfe zu begegnen, hat der Entwurf die Kommunalsparkassen noch besonders geschützt, indem er ein Maximum von geringer Höhe für die Postspareinlagen festsetzte und deren Verzinsung unter den von den ersteren gewährten Zinsfuß brachte. Der Einfluß der Grundbesitzer auf die kommunalen Sparkassen bleibt also völlig unberührt.

Selten hat ein Entwurf in den Vorstadien eine so reifliche Erwägung erfahren als gerade der Postsparkassenentwurf. Es beweist dies schon die eingehende, vielfach auf persönliche Anschauungen und Sammlungen beruhende Begründung. Auch ist ja aus den Zeitungen bekannt geworden, daß der Entwurf von dem preussischen Staatsrate sehr sorgfältig beraten worden ist und die Genehmigung dieser Versammlung gefunden hat, in welcher die bewährtesten Kenner

von Staat und Verwaltung sitzen. Die souveräne Fraktionspolitik tritt aber wiederum sachlichen Gründen und dem wirklichen Bedürfnis des Volkes entgegen. Das ist ein gewagtes Spiel, und nach den gemachten Erfahrungen ist der Einsatz ein hoher. Wir erinnern daran, daß der Widerstand gegen die Dampfersubvention den Freisinnigen einen Teil ihrer Sitze gekostet hat. Wir erinnern an die Opposition, welche der Liberalismus durch drei Sessionen der Unfallversicherung gemacht hat. Jetzt können wir täglich in den Zeitungen lesen, mit welcher Begeisterung gerade von den beteiligten Kreisen die Segnungen der staatlichen Unfallversicherung aufgenommen werden. Die freisinnige Opposition beklagt sich darüber, daß der Reichskanzler das Ansehen des Parlaments untergrabe. Wenn in dieser Klage das Zugeständnis liegt, daß das Parlament immer mehr an Kredit bei der Bevölkerung verliere, so kann man diese Klage nur als durchaus begründet ansehen. Aber nicht der Reichskanzler ist es, sondern die Fraktionen sind es, welche dem Parlament seinen Boden entziehen. Denn besonders die gewählte Vertretung des Volkes müßte es für ihre höchste Aufgabe betrachten, den realen Wünschen und Bedürfnissen desselben Rechnung zu tragen. Doch gerade diesen gegenüber schließt das Parlament die Augen. Ist es dann nicht natürlich, daß das Volk einmal überlegt, wie alle die großen Erfolge der letzten fünfundzwanzig Jahre nicht mit Hilfe des Parlaments, sondern im Kampfe gegen den Widerspruch desselben durchgesetzt worden sind? Muß nicht das Volk in dem Parlament mehr ein Hindernis als eine Förderung seiner Wohlfahrt erblicken? Fürwahr, wenn man diese ewigen Nörgeleien und Kämpfe mit einem nicht vom Parteigeist getrübbten Auge sieht, muß man mit Schamgefühl an die künftigen Geschlechter denken, welche dereinst über die Thaten unsrer Gegenwart zu Gericht sitzen werden. Dann wird sich auch ein anderer Mommsen finden, der diejenigen glücklich preist, denen in der Nähe des Reichskanzlers — wie einst Cäsars — vergönnt war, einen Abglanz seiner Weisheit zu erhaschen, und der diejenigen brandmarkt, welche in geistiger und moralischer Verblendung dem Wirken dieses großen Staatsmannes Hindernisse auf Hindernisse häuften. Aber so wenig wie die Lobeserhebungen Mommsens des Volkes Versündigung gegen Cäsar gutmachen, so wenig kann das unausbleibliche Lob der Zukunft über unsern großen Reichskanzler uns das Elend der Gegenwart vergessen lassen.

